

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	79 (1987)
Heft:	2
Artikel:	Menschenrechte in Nicaragua : das Opfer ist der Täter oder : die Moral steht Kopf
Autor:	Schneider, Peter
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-355242

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das Opfer ist der Täter oder: die Moral steht Kopf

*Peter Schneider**

Wer in den letzten Jahren Zeitung las, dem ist aufgefallen, wie oft «Nicaragua» zum Thema schweizerischer Berichterstattung geworden ist. Das steht in keinem Verhältnis zur Grösse und Bevölkerungszahl dieses Staates: viermal so gross wie die Schweiz, die Hälfte an Einwohnern. Warum also soviel Aufhebens?

Und noch etwas fällt auf: An Nicaragua scheiden sich die Geister völlig. Bürgerliche Blätter, allen voran die «Neue Zürcher Zeitung», malen den Teufel an die Wand, den Vormarsch des Weltkommunismus, dem Nicaragua verfallen sein soll – wir auf der andern Seite streichen die Selbstbefreiung, die sozialen Errungenschaften der Revolution heraus.

In diesem hochemotionalen Hick-Hack ist die Position der Vernunft abhanden gekommen, die kühl fragen würde, was ist real?

Die US-Administration versucht uns weiszumachen, dass Nicaragua keine nationale Revolution durchlebt, etwa der Art, wie es das Rütti der Eidgenossen gegen Habsburgösterreich gewesen war, sondern dass es sich um eine von Russland exportierte, kommunistische Revolution handelt. Daran ist nur gerade wahr, dass die jahrelang Seite an Seite mit ihrem Volk die Mühsal des Guerillakrieges teilenden Revolutionsführer, die kolonialen Gesellschaftsverhältnisse Nicaraguas mit ihren extremen Unterschieden zwischen den wenigen Reichen und der Masse vereinanderter Bauern, immer marxistisch analysiert und gedeutet haben. Von daher verstanden sie ihren Befreiungskampf als einen landesinternen Kampf zwischen Klassen, der notwendig in eine nationale Befreiung vom US-Kolonialismus ausmünden musste. Diese historisch angebrachte marxistische Gesellschaftsanalyse mit einem kommunistisch gelebten Gesellschaftsalltag der Ostblockstaaten gleichzusetzen, zielt völlig an der Realität vorbei.

Der US-Administration, und den dahinter stehenden kapitalistischen Interessen der US-Wirtschaft, geht es aber auch nicht um Realitäten, sondern um billige Bananen, auf dass sich die Rohstoffe weiterhin billig importieren lassen. Denn Realität ist, dass wenn sich die USA überhaupt von der UdSSR bedroht fühlen müssten, diese Bedrohung über die 60 Meilen breite Bering-Strasse¹ erfolgt, und nicht von dem einige 100 Meilen entfernten Zwergstaat Nicaragua ausgeht, dem es an Kampfflugzeugen und Raketen, überhaupt an jedwelchen Offensivwaffen fehlt.

* Dr. Peter Schneider war lange Jahre in Zürich als Untersuchungsrichter tätig. Während seines zweijährigen Aufenthalts in Lateinamerika (1984 bis 1986) weilte er ein halbes Jahr in Nicaragua.

¹ Meeresenge zwischen der Sowjetunion und dem US-Staat Alaska.

Schon vom Schiff aus betrachtet, zeigt die nicaraguanische Revolution Züge, die mit den hierzulande vorherrschenden Klischees vom totalitären Gehalt von Revolutionen nicht zur Deckung zu bringen sind:

- Nicaragua war die erste Revolution, die unter ihren Gegnern kein systematisches Blutbad anrichtete, sondern in einem der ersten Gesetze die Todesstrafe abschaffte;
- es ist eine der ersten Revolutionen, wo die Kirche fortlebt und weiterhin einen religiösen Alltag lebt;
- es ist meines Wissens die erste Revolution, die keine Hungersnot zur Folge hatte, sondern es bis heute versteht, das Wenige einigermassen gerecht zu verteilen, trotz rigorosem, völkerrechtswidrigem Handelsboykott und Verminung der Häfen durch die USA;
- es ist meines Wissens einige der wenigen Revolutionen, die Parteienvielfalt zulässt, demokratische Wahlen abhält und eine Verfassung ausarbeitet, die das Privateigentum garantiert;
- erstmals in der Geschichte führt ein Land gegen ein anderes (USA) Krieg, und lässt dessen Bevölkerung dennoch visumsfrei einreisen, weil die sandinistischen Revolutionsführer es nicht nötig haben, mit Feindbildern, mit plumpem Antiamerikanismus zu politisieren, sondern den Blick offen halten für jene Teile des amerikanischen Volkes, die diesen Krieg nicht billigen und mit der imperialistischen Politik ihrer Administration nicht einverstanden sind;
- ich weiss schliesslich auch von keinem anderen Fall in der Geschichte, wo jemand frei in einer als «totalitär» verschrienen «kommunistischen Diktatur» herumreisen, und wo immer und mit wem immer Gespräche führen kann, von denen ich nie erlebte, dass sie hinter vorgehaltener Hand oder im Flüstertone geführt werden mussten.

Wer sich kaum oder wenig mit Nicaragua befasst hat, müsste sich immerhin wundern, wieso die Menschenrechte in Nicaragua für unsere bürgerlichen Medien bis 1979 kein Thema waren, heute ganze Blätter nun aber plötzlich voll davon sind.

Der Westen «entdeckt» die Menschenrechte

Während fünfzig Jahren Somoza-Diktatur krähte kein Hahn danach. Interessant wurden sie erst in dem Moment, als die Revolution 1979 Somoza stürzte und mit den siegreichen Sandinisten angeblich Kommunisten an die Macht kamen. Jetzt richteten sich alle Augen auf Nicaragua, in der Hoffnung, Menschenrechts-Verstösse auszuspähen, die sandinistische Regierung als «kommunistisch-totalitär» blosszustellen und dadurch die internationale Solidarität mit der Volksrevolution zu kappen.

Mir liegt daran, in diesem Artikel die gezinkten Karten aufzudecken, mit denen in der Diskussionsrunde um Menschenrechte gespielt wird. Meine grundsätzliche Solidarität mit der Revolution wird mich nicht davon abhalten, später auch Kritik anzubringen.

Eine erste gezinkte Karte sehe ich in der regelmässig von den Medien des wilden Westens unterschlagenen historischen Dimension. Wenn unsere Medien heute Sturm laufen gegen sandinistische Notstandsmassnahmen wie Pressezensur oder Streikverbot bleiben historische Tatsachen unerwähnt. Etwa die Jahrzehnte der Somoza-Diktatur. Dann die blutige Besetzungszeit von 1912–1933 durch die US-Marines. Würden unsere Medienleute solch geschichtliches Erbe ernst nehmen, müssten sie für den heutigen Notstand einiges Verständnis aufbringen. Die Sandinisten möchten nicht politisch blauäugig, wie Allende 1973 in Chile, dem amerikanischen Geheimdienst CIA die Möglichkeit geben, die Menschenrechte als Brückenkopf zu benützen, um eine weitere Demokratie aus den Angeln zu heben. Die historische Erinnerung an die Massaker der chilenischen Militärjunta unter der Zivilbevölkerung mag Vision genug sein, was geschehen könnte, falls in Nicaragua die USA das Heft in die Hand bekämen.

Hand in Hand mit einer überwiegend ahistorischen Betrachtungsweise der Menschenrechte geht das Ausblenden der geopolitischen Lage Nicaraguas. Es liegt mitten im Menschenrechts-Katastrophengebiet. Todeschwadrone massakrieren auch heute die Bevölkerung in Guatemala und El Salvador. Unparteiische Organisationen wie amnesty international streichen heraus, dass es um die elementaren Menschenrechte wie das Recht auf Leben, das Verbot der Folter in Nicaragua vergleichsweise gut bestellt ist. Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht Rhetorik geblieben.

Soziale Rechte im Aufbau

Eine andere gezinkte Karte: Individuelle Freiheitsrechte wie zum Beispiel die Meinungsäusserung werden bei uns als Menschenrechte par excellence verkauft. Diese Verkürzung ist nicht zufällig. Sie hat mit dem ethnozentristischen Blickwinkel zu tun, aus welchem die Mehrheit der Journalisten die Weltgeschichte betrachtet. Die sozialen Rechte wie Nahrung, Behausung, Bildung und Gesundheit fallen dabei unter den Tisch, sie werden als selbstverständlich vorausgesetzt. Was soll aber die «Pressefreiheit», wenn es an Devisen fehlt, um darauf das freie Wort zu drucken? Was, wenn erst die Alphabetisierungskampagne ans Licht bringt, dass Abertausende eine Brille nötig haben, um Buchstaben zu sehen! Die sozialen Rechte sind Voraussetzungen, Fundament, auf welches die individuellen Freiheiten später wie luxuriöse Ziegel oben drauf gelegt werden können.

Diese westliche Geringschätzung des sozialen Bereichs führt zu einer Unterschätzung der Verdienste, welche sich die Sandinisten auf sozialem Gebiet erworben haben.

Sie führt ferner zur Unterschätzung des von der USA via den CIA geführten konterrevolutionären Krieges. Ziele des Contra-Terrors sind soziale Einrichtungen wie Schulen, Kinderhorte, Getreidespeicher. Opfer gezielt-

ter Kopfjagd werden Lehrer, die das Alphabet hinaustragen, Ärzte und Krankenschwestern mit dem Impfstoff unterwegs, Landvermesser, die mit der Umverteilung des Grossgrundbesitzes an landlose Bauern beschäftigt sind. Kein Menschenrecht, das diese mordenden, entführden, vergewaltigenden Contra-Banden nicht verletzten. Alles im Namen demokratischer Freiheit.

Überhaupt findet die Menschenrechtsdiskussion um Nicaragua völlig abgehoben vom Krieg statt. Nicaragua hat aber 1984, mitten im Krieg, die ersten freien Wahlen abgehalten. Bis heute haben die Sandinisten mit Dialog, aber nie mit Hilfe von Polizei oder Militär Streiks und Landbesetzungen aufgelöst. Eine Kirche, die unter dem Geplapper von Nächstenliebe und Frieden zum Boykott der Wehrpflicht aufruft, würde auch hierzulande Behördensanktionen provozieren. Man erinnere sich etwa an die Massnahmen in unserem Lande während des Zweiten Weltkrieges. Da gab es Preszensur und politische Verbote, zwar nicht der Faschisten, wohl aber der Kommunisten!

Individuelle Rechte mit Flecken

Gewiss, die Menschenrechte in Nicaragua lassen Wünsche offen. Darüber frei zu sprechen, fällt nicht leicht. Ich muss ständig befürchten, dass von den Gegnern der Sandinisten einseitig nur das, was unvollkommen ist, herausgepflückt und als Munition verwendet wird für einen – nachweislich von der CIA finanzierten – Propagandakrieg.

Der Gewissenskonflikt bleibt. In der Schweiz kämpfe ich gegen Isolationshaft. Im Gefängnis «Jorge Navarro» sitzen Häftlinge in extremer Isolation. Besuch nur alle vier Monate. Der Entzug von Sonne und Luft, die Trennung von der Familie wiegen in Lateinamerika besonders schwer, wo sich das Leben auf den Strassen und in der Grossfamilie abspielt. In der Schweiz setze ich mich für die Abschaffung der Militärjustiz als Sondergerichtsbarkeit ein, während drüben «antisomozistische Volkstribunale» am Werk sind, deren Verfahren elementare Verteidigungsrechte beschneiden. Auch die Foltervorwürfe gegen sandinistische Polizisten lassen sich nicht vom Tisch wischen. Die Versuchung, in Bürgerkriegen mit persönlichen Feinden abzurechnen, ist gross. Immerhin, die fehlbaren Polizisten werden bestraft. Die Presse berichtet davon. Anders als im Zürich der Jugendunruhen, wo gewalttätige Polizisten trotz der von der Pressefreiheit produzierten Fotoanklagen unbestraft blieben. Drüben haben sie Gesetze, die einem am liberalen Rechtsstaat westlicher Prägung geschulten Juristen die Haare zu Berge stehen lassen. Der Artikel 14 des Dekretes 646 von 1980 zum Beispiel, wonach Angeklagte, deren Schuld nicht nachgewiesen werden kann, trotzdem zwei Jahre in Haft behalten werden können.

Dahinter steht aber wiederum eine Realität, die zwar keinen Freipass ausstellt, aber ein anderes Licht wirft. Staatsanwalt Ivan Villvicenceo von Managua dazu: «Je mehr die Ausbildung meiner Leute Fortschritte

macht, desto weniger brauchen wir auf diese Gesetze zurückzugreifen.» Zu ergänzen bleibt: Mit dem Triumph der Revolution flieht das korrupte Polizisten- und Richterpack Somozas ins Ausland. Der 53jährige Rechtsanwalt Julio César Avilés von Managua weiss von der Korruption ein Lied zu singen. Er half einen Freispruch kaufen. Einem Lastwagenchauffeur, der im Suff drei Passanten überfahren hatte. Der Preis pro Leiche umgerechnet Fr. 2.80, bar auf den Tisch des Richters. Die Sandinisten stehen 1979 vor der Schwierigkeit, von einem Tag auf den anderen sämtliche Polizisten- und Richterämter neu besetzen zu müssen. Kann es ihnen – angesichts der Berufsverbotspraxis der Zürcher Regierung wider alles Linke und Linkische – verübelt werden, wenn sie diese Ämter loyalen Guerillakämpfern anvertrauen, auch wenn diese zum Teil kaum lesen und schreiben können?

Das Privateigentum hat die Revolution überlebt. Die Gesetze, die es schützen, auch. Die Strafbehörden schlagen sich auch 1984 noch mit dem code napoléon herum. Als Beweismittel kennt dieser weder die Fotografie noch die Fotokopie. Es kommt zu grotesken Urteilen. Wenn die Revolution das Recht in die Hände von Volkstribunalen legt, so hat das auch damit zu tun, dass nach einem halben Jahrhundert diktatorischer Korruption das Vertrauen der Bevölkerung in die Autorität von Recht und Justiz zurückgewonnen werden muss. Immerhin versuchen die Sandinisten, Härten allzu rigoroser Justiz mit einer grosszügigen Handhabe des Begnadigungsrechts politisch zu korrigieren.

Aus diesen zum Teil empfindlichen Schwächen im Bereich der individuellen Freiheitsrechte den pauschalen Vorwurf zu formulieren, die Sandinisten seien totalitär, ist eine platte Lüge. Entscheidend ist doch, dass der kleine Mann von der Strasse angstfrei lebt und Kritik zu äussern wagt. Der Taxifahrer auf der Fahrt vom Flughafen: Für ihn spuckt die Regierung grosse Töne, ohne Taten folgen zu lassen. Die Hotelbesitzerin, die in einem der Zimmer bis unters Dach gehamstertes Toilettenpapier stapelt, lastet es den Sandinisten an, dass sie heute schlechter lebt als noch vor zehn Jahren. Oder die paar hageren Frauengestalten, die vor einem Aushang auf dem Gelände der Oppositionszeitung «La Prensa» in den Fotokopien der censurierten Artikel lesen.

Die Sandinisten einer totalitären Herrschaft bezichtigen, heisst den Willen dieses 3-Millionen-Volkes negieren, das mit 50 000 Opfern die revolutionäre Freiheit bezahlte. Und das in den Jahren 1979 bis 1985 noch einmal 15 000 Tote an den konterrevolutionären Krieg hat drangeben müssen. Es heisst, die 68 Prozent der Bevölkerung verneinen, die an der Urne für die Sandinisten gestimmt haben, und es heisst schliesslich, die Gewehre negieren, die die Bauern und Arbeiter in den Händen halten und mit denen sie jederzeit die Sandinisten zum Teufel jagen könnten, wenn sie sich tatsächlich unterdrückt fühlten.